

Kirchendialog geht weiter - Verbände fordern Reformen

Am Freitag und Samstag will der sogenannte Synodale Ausschuss über Reformen in der katholischen Kirche in Deutschland beraten. Im Vorfeld formieren sich Unterstützer und Kritiker des Projekts.

Bonn/Mainz (KNA) Am Freitag und Samstag treffen sich Bischöfe und Vertreter der Laien zu einer nächsten Runde im Kirchendialog zur Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland. Bei seiner zweiten Zusammenkunft will der Synodale Ausschuss in Mainz mit der inhaltlichen Arbeit beginnen. Das erste Treffen im vergangenen Herbst in Essen diente im Wesentlichen dazu, sich auf eine Satzung und eine Geschäftsordnung zu verständigen.

Der aktuell aus 70 Mitgliedern bestehende Synodale Ausschuss ist ein Ergebnis des 2019 von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gestarteten Synodalen Wegs. Der Ausschuss soll unter anderem einen Synodalen Rat vorbereiten, in dem Bischöfe und Laien ihre Beratungen über mögliche Reformen in der Kirche fortsetzen.

Das Projekt steht unter starken Vorbehalten aus dem Vatikan. Die vier Bischöfe Gregor Maria Hanke (Eichstätt), Stefan Oster (Passau), Rudolf Voderholzer (Regensburg) und Kardinal Rainer Maria Woelki (Köln) hatten deswegen im Vorfeld erklärt, sich nicht an den Arbeiten im Synodalen Ausschuss zu beteiligen.

In römischen Einsprüchen zum Synodalen Weg in Deutschland war bislang immer wieder deutlich geworden, dass ein 'Synodaler Rat', wie er im Beschluss des Synodalen Weges vorgesehen und formuliert worden war, nicht mit der sakramentalen Verfassung der Kirche vereinbar sei, erklärten die vier Bischöfe im Vorfeld.

Diese Haltung stößt bei mehreren Verbänden, darunter kfd und Maria 2.0, auf Kritik. Die vier Bischöfe fügten den Bistümern, für die sie Verantwortung trügen, sowie der gesamten katholischen Kirche in Deutschland einen großen Schaden zu, hieß es in einer am Dienstag verbreiteten Mitteilung. Darin rufen die Unterzeichner zu Veränderungsbereitschaft auf. Die problematischen kirchlichen Strukturen, die zu Missbrauch und Vertrauensverlust geführt haben, müssen dauerhaft korrigiert werden.

Zuletzt geändert am 11.06.2024